Bezirksverband der GEW · 60313 Frankfurt · Bleichstraße 38a

D 6402 F
Postvertriebsstück · Gebühr bezahlt

FLZ Nr.2-2012
Jahrgang 33
Mai 2012

FLZ

ZEITUNG FÜR KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN IM SOZIAL-, ERZIEHUNGS- UND BILDUNGSBEREICH

Gesamtpersonalratswahlen am 22. / 23. Mai 2012

Liste 1 demokratisch – kompetent – streitbar

Für die nächste Wahlperiode wünschen wir uns auch weiterhin eine enge Zusammenarbeit mit den örtlichen Personalräten. Kennenlernen könnt Ihr uns nicht zuletzt auch bei unseren Schulungen. Unser Rat an neu gewählte Personalräte:

Lasst Euch schulen!

Die vier GEW-GPRLL-Schulungsteams laden direkt nach der Wahl zum „Crash-Kurs“:

- Dienstag, 12. Juni 2012
- Montag, 18. Juni 2012
- Dienstag, 19. Juni 2012
- Montag, 25. Juni 2012

Anmeldung über www.gew-frankfurt.de, Der Bezirksverband, Personalräteschulungen der GEW-Fraktion im GPRLL.

Gemäß § 40 Absatz 2 HPVG ist Personalratsmitgliedern Dienstbefreiung zu gewähren. Reisekosten werden gemäß § 42 HPVG erstattet. Der Beschluss des Personalrats über die Teilnahme seines Mitglieds ist der Schulleitung vorher anzuzeigen. Reisekostenanträge sind auf dem Dienstweg an das Staatliche Schulamt zu richten.

Aufruf zu den Personalratswahlen 2012:

Der bildungspolitischen Unfähigkeit der Landesregierung gewerkschaftliche Kompetenz entgegensetzen!

Erfolg sieht anders aus. Nach dem vorzeitigen Abgang von Karin Wolff, dem bildungspolitischen Interregnum von Horst Banzer nun der erzwungene Rücktritt einer als Opfer des „Generationenwechsels“ ihrer Partei von dieser aus dem Amt gemobbten Dorothea Henzler! „Die KultusministerInnen gehen – die GEW bleibt bestehen“, möchte man triumphierend ausrufen, wenn der neueste Akt im politischen Kasperletheater in Wiesbaden nicht auch so traurig wäre. Schule braucht Kontinuität, und zwar eine andere als die schlechte der Privatisierer und Verantwortungsverweigerer der schwarz-gelben Koalition. Denn was bleibt von der Ägide Henzler? Nach den Verlautbarungen der Landesregierung der „Erfolg“, die Selbständigkeit der Schulen gesteigert zu haben, also getreu der schwarz-gelben Logik weiter in Richtung Privatisierung des Schulwesens marschiert zu sein. Die Kolleginnen und Kollegen wissen: Die Arbeitsverdichtung ist gestiegen und soll nach dem Willen der Sparkommissare weiter steigen, die Zahlenspiele des HKM zu der Behauptung, jetzt würde endlich kein Unterricht mehr ausfallen, sind nichts als Augenwischerei. Wozu es auch hervorragend passt, dass die Förderung des Privatschulwesens mit kräftig ansteigenden Zuschüssen des Landes rechnen darf, während unter den Titeln „Haushaltssanierung“ und „Schuldenbremse“ die Mittel für das öffentliche Schulwesen weiter zusammengestrichen werden. Ganz zu schweigen von der Einführung der Inklusion als Menschenrecht auf gemeinsame Beschulung aller Kinder, die in Hessen gefährdet ist, unter die Räder eines „Ressourcenvorbehalts“ zu geraten und demgemäß in einer Weise gehandhabt werden soll, die derzeit nur dazu geeignet scheint, in den Kollegien möglichst viele Vorbehalte dagegen zu schüren. Menschenrecht nach dem Maßstab der Zurichtung des Euro zur Waffe im weltweiten Währungskrieg der Wirtschaftssupermächte EU und USA! In der Praxis heißt das: Weiterwursteln auf dem Weg des fortschreitenden Ausstiegs aus staatlicher Verantwortung für eine vernünftige, rechtlich einwandfreie und den Interessen der Schülerinnen und Schüler sowie der Kollegen/-innen dienende Schulpolitik. Dazu passt, dass der Rücktritt von Henzler nicht aus sachlichen Erwägungen heraus geschah, sondern reinem Vorwahlkampfgeplänkel einer um ihr politisches Überleben fürchtenden FDP geschuldet ist.

Daraus kann nur eins folgen: Angesichts der Potemkinschen Bildungsdörfer der Landesregierung brauchen die Kolleginnen und Kollegen an den Schulen starke Personalvertretungen an ihrer Seite. Personalräte, die auf allen Ebenen einer Landesregierung Paroli bieten können, wie es in der letzten Amtsperiode geschah, als es beispielsweise darum ging, die gröbsten Zumutungen einer neuen Dienstordnung erfolgreich zurückzuweisen. Personalvertretungen, die offene Ohren für die Probleme für die Kolleginnen und Kollegen vor Ort haben und diese gegenüber Vorgesetzten vertreten, sie entschieden in die Staatlichen Schulämter einbringen und auf Landesebene offensiv vortragen. Die Personalratsmitglieder unserer GEW haben genau dafür in den letzten vier Jahren eingestanden und sie bieten auch in der Zukunft die Gewähr dafür,

- dass in Wiesbaden nicht einfach an den Interessen von Lehrkräften und pädagogischem Personal vorbeiregiert werden kann.
- dass Schulleitungen vor dem Hintergrund der neu geschaffenen Führungsinstrumente und der Verselbständigung von Entscheidungsstrukturen nicht einfach abheben.
- dass Kolleginnen und Kollegen im Konfliktfall áuf allen Ebenen der Schulverwaltung verlässliche Partner/-innen finden, die sie unterstützen und stärken.
- dass nicht Arbeitshetze und Mobbing in den Schulen weiter um sich greifen, sondern Kollegialität und Solidarität den beruflichen Umgang miteinander bestimmen.
- dass unsere verbrieften Rechte gegen alle Angriffe verteidigt und in der Zukunft erweitert und vertieft werden.

Am 22. und 23. Mai geht es mithin nicht darum, einer Formalie nachzukommen. Vielmehr haben wir als Lehrkräfte es in der Hand, dass Personalvertretung im Land Hessen auch in den nächsten vier Jahren in der bewährten und engagierten, zugleich zuverlässigen Form stattfinden kann, wie sie von den Kolleginnen und Kollegen der GEW aus der Vergangenheit bekannt ist.

Am 22. und 23. Mai kann es darum nur heißen:
GEW in die Personalräte wählen!
Für eine starke Personalvertretung im hessischen Schulwesen!
Für eine starke GEW!

Personalräte brauchen eine unabhängige und starke GEW

Angestellte Beschäftigte wählen ihre VertreterInnen der GEW-Liste!

Wir setzen uns ein für…

- **Lehrerinnen und Lehrer in befristeten und unbefristeten Arbeitsverhältnissen**
- **Angestellte Lehrkräfte aller Schulformen**
- **Lehrkräfte für herkunftssprachlichen Unterricht, Sozialpädagogische Fachkräfte in Förderschulen**
- **Erzieher/innen mit sonderpädagogischer Zusatzausbildung**
- **Sozialpädagogen/innen, Therapeuten/innen, Heilpädagogen/innen**

Wir haben bisher erreicht, dass wir nach sechs Jahren ohne Tarifverhandlungen seit dem 01. 01. 2010 wieder einen eigenen Tarifvertrag (TV-H) haben!

Das wollen wir weiterhin erreichen…

- **Abschaffung der Fristverträge, keine prekären Arbeitsverträge, sondern Bezahlung nach TV-H**
- **Bezahlung der Sommerferien für alle befristet angestellten Lehrkräfte**
- **Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Sozialpädagogische Fachkräfte**
- **Erhalt des muttersprachlichen Unterrichts mit Lehrkräften des Landes Hessen – keine Konsularlehrkräfte aus den Herkunftsländern**
- **Unterstützung der Schulpersonalräte bei der Einstellung von Angestellten mit befristeten Verträgen**

Albin Zeidlewitz, Margret Kröger, Enis Gülegen, Alexandra Menk

Tätigkeitsbericht der GEW-Fraktion im Gesamtpersonalrat (2008 – 2012)

Arbeitsweise und Personelles

Bei den Wahlen zum Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer beim Staatlichen Schulamt Frankfurt haben im Jahr 2008 79,9% der angestellten Wählerinnen und Wähler der GEW ihre Stimme gegeben, für die BeamtenvertreterInnen votierten 77,2% der beamteten Kolleginnen und Kollegen. Die GEW-Fraktion im Gesamtpersonalrat stellte von den insgesamt 21 Plätzen 9 beamtete Frauen, 5 beamtete Männer und je einen Mann und eine Frau für die Vertretung der ArbeitnehmerInnen.

Seitdem die einzige VBE-Vertreterin, für die keine Nachrückerin auf der Liste stand, im Sommer 2011 ihren Platz räumte, erhielt die GEW nach einer Neuberechnung einen weiteren Beamtinnenplatz dazu.

Dass 2008 so viele Kolleginnen und Kollegen die GEW gewählt haben, hat uns nicht nur gefreut, sondern es bedeutete für uns auch die Verpflichtung, die Frankfurter LehrerInnenschaft als Ganzes, aber auch als Einzelpersonen, die sich mit individuellen Anliegen an uns wenden, mit vollem Einsatz zu vertreten.

Wenn sich, was hin und wieder vorkommt, eine Lehrkraft wundert, dass der Gesamtpersonalrat nicht nur aus GEW-Leuten besteht, dann zeigt uns das, dass die Beschäftigten uns als IHRE Interessenvertretung wahrnehmen, die dem Schulamt gegenüber unabhängig und selbstbewusst auftritt und mit Fachkompetenz und Zielstrebigkeit Problemlösungen ansteuert.

Der Gesamtpersonalrat tagt vierzehntägig mittwochs im Staatlichen Schulamt. Sein Gegenüber ist Frau Bouffier-Spindler, die nach dem Tod von Herrn Eifert im Herbst 2008 Leiterin des Staatlichen Schulamts wurde. An den Sitzungen nimmt auch der Gesamtschwerbehindertenvertreter, ebenfalls GEW-Mitglied, teil. An den Mittwochen zwischen den Sitzungen trifft sich die GEW-Fraktion, bereitet Sitzungen vor und nach und koordiniert und plant ihr weiteres Vorgehen.

Über ihre Arbeit hat die GEW-Fraktion regelmäßig in jeder Frankfurter Lehrerzeitung berichtet.

Während der Wahlperiode haben eine Reihe von Mitgliedern der GEW-Fraktion wegen ihres Wechsels in die Altersteilzeit oder den Ruhestand den GPRLL verlassen: Karlfried Klingel hat den GPRLL über mehrere Jahre als Arbeitnehmervertreter insbesondere durch seine langjährige Betriebsratserfahrung in der Weiterbildung bereichert. Das Ausscheiden von Hans Wedel, der auch mehrere Jahre Mitglied des Vorsitzendenteams des GPRLL war, stellte für die Fraktion einen herben Verlust dar. Kaum ein Kollege oder eine Kollegin in Frankfurt, der/die Hans nicht aus der GEW-Rechtsberatung und bei der Bearbeitung „schwieriger“ Personalfälle kennt! Auch Jürgen Lamprecht, langjähriger Fraktionssprecher, galt als GEW-Urgestein und eigentlich unverzichtbar für die Haupt- und Realschulen. Dass Klaus Schermelleh, ein weiteres Mitglied des Vorsitzendenteams, nicht mehr dabei sein sollte, war insbesondere den „Beruflern“ kaum ausmalbar. Dasselbe galt für die Grundschulen in Bezug auf Elke Lamprecht und für die Gymnasien in Bezug auf Silvia Boczek-Wronker: die intensive Beratungsarbeit und hohe Fachkompetenz, die beide Kolleginnen für ihre Schulform zu bieten wussten, bleibt allen, die mit ihnen zu tun hatten, in guter Erinnerung. Und auch Angelika Wahl fehlt uns, die den Finger immer wieder dort in die Wunde legte, wo es um die Benachteiligung derjenigen ging, die im Dunkeln, am Rande der Schullandschaft stehen. Im letzten Halbjahr verließ uns auch Anne Kahn, die nur kurz dem Gremium angehörte, gleichwohl aber den Finger besonders auf die Teilzeitverfügung legte und uns zu neuem Nachdenken darüber zwang. Die GPRLL-GEW-Fraktion möchte noch einmal die Gelegenheit nutzen, all diesen Menschen, mit denen wir während vieler Jahre so angenehm und fruchtbar zusammengearbeitet haben, zu danken. Es war schön, dass Ihr da wart!!

Nach vorne blickend, lässt sich sagen: diejenigen, die nachgerückt sind, haben das „Staffelholz“ ohne viel Aufhebens übernommen und bieten die Gewähr, dass der GEW-Slogan für die Wahlen des Jahres 2012 weiter gelten kann: ***demokratisch – kompetent – streitbar!***

Wie wir uns und unsere Arbeit verstehen

Einbindung in die GEW

Viele unserer Fraktionsmitglieder nehmen auch ehrenamtliche Funktionen in der Frankfurter GEW wahr und sind Mitglieder im GEW-Bezirksvorstand. Zwei davon vertreten den Bezirksverband darüber hinaus im GEW-Landesvorstand. Daraus ergibt sich eine gute und notwendige Wechselwirkung: einerseits werden im gewerkschaftlichen Feld Themen gründlich diskutiert und analysiert, die ihre Umsetzung in der Personalratsarbeit finden. Andererseits fließen Informationen, die wir über die Personalratsarbeit bekommen, in die gewerkschaftliche Diskussion ein. Ohne gewerkschaftlichen Hintergrund würde Personalratsarbeit im „luftleeren“ Raum stattfinden, sie wäre der Beliebigkeit der einzelnen Person ausgeliefert. Mit der Einbindung in die Gewerkschaft geht die Verbindlichkeit gegenüber Gewerkschaftsbeschlüssen einher wie auch die Sicherheit für Wählerinnen und Wähler, dass sich die von ihnen gewählte Personalvertretung im Sinne gewerkschaftlicher Zielsetzungen verhält und auch verantwortet.

Verknüpfung mit anderen Personalratsebenen

Über die gewerkschaftliche Einbindung ist auch die Zusammenarbeit mit den Frankfurter Hauptperso-

nalratsmitgliedern gewährleistet, was den Informationsaustausch zwischen den Personalratsebenen GPRLL-HPRLL garantiert. Informationen und Erkenntnisse aus dem Hauptpersonalrat (HPRLL) führen zu Aktivitäten im GPRLL und umgekehrt.

Als ihre wichtigste Aufgabe sieht es die GEW-Fraktion im GPRLL an, den Kontakt zu den Schulpersonalräten zu halten. Dies geschieht zum einen durch die im Hessischen Personalvertretungsgesetz vorgesehenen Zuständigkeiten. Der GPRLL nimmt sozusagen stellvertretend für die örtlichen Personalräte das Mitbestimmungsrecht bei schulamtsinternen Abordnungen und Versetzungen sowie Stellenbesetzungen von stellvertretenden SchulleiterInnen wahr. Hierfür ist eine enge Abstimmung mit den örtlichen Personalräten unabdingbar, denn nur diese wissen, wie die jeweilige Personalangelegenheit vor Ort gesehen wird.

Darüber hinaus beraten die GEW-Fraktionsmitglieder die örtlichen Personalräte in allen Fragen, für die diese Hilfe benötigen. Oft ergeben sich daraus Anfragen beim Staatlichen Schulamt, weil die Angelegenheit nicht nur an einer Schule virulent ist, sondern mehrere Dienststellen betrifft.

Dreimal im Jahr lädt die GEW-Fraktion im GPRLL zu eintägigen Schulungen für örtliche Personalräte. Dabei werden aktuelle Informationen aus dem Kultusministerium und dem Schulamt weitergegeben, aber auch grundlegende Themen aus dem HPVG geschult. Schulungsthemen waren z.B. die Mitbestimmungsrechte bei sozialen und personellen Angelegenheiten, das Initiativrecht, die Eingruppierung und Einstufung von Tarifbeschäftigten, die Rechte und die Einflussmöglichkeiten der Personalräte bei Versetzungen und Abordnungen u.v.m.. Die Schulungen, die in 4 arbeitsgleichen Gruppen durch Mitglieder der GEW-Fraktion durchgeführt werden, erfreuen sich großer Beliebtheit. Besonders schön ist es, wenn wir bei einem späteren Zusammentreffen erfahren, dass von unseren Anregungen an den Schulen auch etwas umgesetzt wurde.

Personalrätetreffen / GEW-Fachgruppen

Die jeweiligen SchulformvertreterInnen organisieren für ihre Schulform mehrmals im Jahr Treffen, bei denen sie Personalräte und Interessierte über Ereignisse und Entwicklungen informieren und sich informieren lassen. Hier besteht – jenseits der Schulungen – Gelegenheit zu einem formlosen Austausch, der auch wieder in Aktivitäten der GEW-Fraktion im GPRLL einfließt.

Die GEW Hessen organisiert darüber hinaus einen „Personalräteausschuss“, in dem sich der GEW angehörende GesamtpersonalrätInnen (meist die Vorsitzenden, aber auch die FraktionssprecherInnen) dreimal jährlich treffen und Informationen über ihre Aktivitäten austauschen. Bei diesen Treffen erhalten wir immer zahlreiche Anregungen für unsere weitere Arbeit, geben aber auch selbst welche weiter.

Beratung von GEW-Schulgruppen und Personalversammlungen

Die GEW-Fraktion bietet an, ReferentInnen zu aktuellen Themen zur Verfügung zu stellen, wenn vor Ort eine Person „von außen“ benötigt wird. In der zurückliegenden Wahlperiode hat es dazu ausreichend Gelegenheit gegeben: Einladungen ergingen zur Novellierung des Hessischen Schulgesetzes, zur Änderung der Dienstordnung, zum Lebensarbeitszeitkonto, zu Fragen des Ruhestandes sowie zur Einführung des Kleinen Budgets bzw. dessen übergeordnetem Thema, der „selbstständigen Schule“. Solche Veranstaltungen sind für beide Seiten bereichernd: wir erfahren, ob wir mit unseren GEW-Positionen nah an dem sind, was die Kolleginnen und Kollegen denken , und diese werden argumentativ gestärkt für Auseinandersetzungen innerhalb der Schule oder in der Öffentlichkeit.

Hilfe für Einzelpersonen

Die GEW-Mitglieder im GPRLL gelten in Frankfurt als Personen, die nach Lösungen suchen und Hilfe anbieten. Sei es ein Konflikt zwischen einer Kollegin und ihrer Schulleiterin, sei es eine belastende Situation im Kollegium, sei es eine unverständliche Verfügung des Schulamtes oder eine nicht beantwortete Anfrage: wir kümmern uns, beraten, führen Gespräche und lassen gegenüber dem Schulamt nicht locker, bis dass die Angelegenheit beigelegt ist.

Hessische Schulpolitik auf dem Weg zur „selbstständigen Schule“ – die GEW warnt auch weiterhin vor Budgetkürzung, Mehrarbeit und Privatisierung!

Kampf um den Erhalt der Schulämter

Im Zusammenhang mit der unseligen Diskussion um die „selbstständige Schule“ waberten in den letzten Jahren diverse Modelle für die Umgestaltung der Schullandschaft durch die Medien. Mal sollten die 15 Schulämter zu 6 zusammengelegt werden, dann wieder sollten sie ganz aufgelöst werden. In diesem Zusammenhang war von einem einzigen „Oberschulamt“ die Rede. Die hessische GEW hat diese Pläne von Anfang an bekämpft, da uns klar war, dass die gleichzeitig beabsichtigte Auflösung der Gesamtpersonalräte ein Schlag gegen die örtlichen Personalräte, aber auch gegen viele Kolleginnen und Kollegen wäre, weil diese von der Unterstützung durch GEW-Gesamtpersonalräte profitieren. Im Frühjahr 2011 sammelten wir deshalb Unterschriften und übergaben diese am Rande einer „hessenweiten Personalrätesitzung“, die öffentlichkeitswirksam auf dem Luisenplatz in Wiesbaden stattfand. Inzwischen hat auch die Landesregierung eingesehen, dass es ohne Schulämter so leicht doch nicht geht. Kultusministerin Henzler garantierte in ihrer Gastrede auf der Landesdelegiertenversammlung der hessischen GEW den Bestand der Gesamtpersonalräte.

Schulämter kaputtgespart?

Nichtsdestotrotz führen die Sparbeschlüsse der Landesregierung dazu, dass die Schulämter ausgetrocknet werden. Man könnte sagen, sie werden zwar nicht geschlossen, aber auf die kalte Tour handlungsunfähig gemacht. Die Stellenbesetzungssperre war in den letzten beiden Jahren auf vielen Sitzungen des Gesamtpersonalrates Thema: denn sie führt zur nur schleppenden und häufig fehlerhaften Bearbeitung von Anträgen. Letzter Höhepunkt im

Personalräte brauchen eine unabhängige und starke GEW

Wir lassen nicht locker: Recht auf Bildung und Chancengleichheit für alle!

Die soziale Herkunft entscheidet immer noch über den Schulerfolg. Der Schulerfolg wird zu einem Privileg für diejenigen, die es sich leisten können.

Die Gesamtschulkollegien wissen, dass die Maßnahmen der hessischen Landesregierung die Chancengleichheit für ihre Schülerinnen und Schüler stark einschränkten und einschränken.

Ihr pädagogisches Engagement wird ständig strapaziert mit Mehrarbeit, weil vielfältige zusätzliche Aufgaben an die Lehrerinnen und Lehrer gegeben werden, aber alles unter dem Ressourcenvorbehalt steht. Dies heißt keine neuen Stellen, keine Anerkennung und Anrechnung der Arbeit durch Entlastungsstunden, keine Zeit mehr für Beratungen und Unterstützung der Schülerinnen und Schüler.

Das muss sich ändern:

- **Schluss mit der Arbeitszeitverdichtung**
- **Bessere finanzielle Ausstattung**
- **Förderbedingungen verbessern**
- **Bessere Lehrer/innenversorgung**
- **Schluss mit dem Ressourcenvorbehalt**

Eine Schule für alle bedeutet auch, sich für die Inklusion einzusetzen. Der Maßstab für die Inklusion muss der bisherige Gemeinsame Unterricht (GU) sein, der weiter ausgebaut werden muss.

Eine Schule für alle bedeutet auch, dass Schüler/innen, die ohne Deutschkenntnisse in die Schule kommen, die Chance haben, so gefördert zu werden, dass sie einen guten Schulabschluss machen. Hierfür sind kleine Klassen und Kurse notwendig.

Wir wollen die Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen an den Frankfurter Gesamtschulen verbessern. Eine enge Abstimmung mit den Schulpersonalräten ist sehr wichtig. Deshalb werden wir auch in der kommenden Wahlperiode unsere erfolgreiche Personalräte-AG-Gesamtschulen weiterführen, um aktuelle Infos auszutauschen und gemeinsame Aktivitäten zu vereinbaren.

Wir werden unsere Einflussmöglichkeiten auf den Ebenen der gewerkschaftlichen Arbeit nutzen, **denn Personalräte brauchen eine unabhängige und starke GEW.**

Maike Wiedwald, Ingeborg Ulrich, Henrich Zorko, Valentin Wiedemann, Rainer Koch, Christiane Treffert

Personalräte brauchen eine unabhängige und starke GEW

Berufliche Schulen

Wir treten für bessere Arbeitsbedingungen an den Beruflichen Schulen in Frankfurt ein.

Dafür stehen wir:

- **Für den Erhalt der staatlichen Bildungsverantwortung für die beruflichen Schulen.**
- **Für die demokratisch verfasste Schule mit Beteiligungsrechten der schulischen Gremien.**
- **Für das Recht auf kostenlose Bildung und Ausbildung für alle.**
- **Für kleinere Klassen, um den Schülerinnen und Schülern individuell gerecht werden zu können.**
- **Für die Möglichkeit Schülerinnen und Schülern ihren Neigungen entsprechend zu fördern.**

Dagegen wehren wir uns:

- **Gegen das erklärte Ziel der Verwaltungsreform, den Abbau bzw. die Privatisierung staatlicher Aufgaben voranzutreiben.**
- **Gegen „Selbstständige Schulen" mit knappem Budget, das Schulleitungen veranlasst, „billige" Arbeitskräfte zur Unterrichtsabdeckung einzustellen und das durch die zusätzliche Übernahme von Verwaltungsaufgaben durch Lehrerinnen und Lehrer zu Mehrarbeit führt.**
- **Gegen prekäre Arbeitsverhältnisse durch Fristverträge, die eine Lebensplanung vor allem für junge Lehrkräfte unmöglich macht und die Abhängigkeit von den Schulleitungen erhöht.**
- **Gegen die Entstehung von Wettbewerbsdruck zwischen den Schulen durch den Einsatz eines Datenspiegels (kennzahlengestütztes Informations- und Feedbackinstrument). Mögliche Folgen wären, dass „schwache" Schülerinnen und Schüler vor der Tür bleiben, Klassengrößen erhöht und Billiglehrkräfte eingekauft werden.**
- **Gegen Schulleitungen, die demokratische Gremien wie die Gesamtkonferenz durch ihnen genehme Schulvorstände ersetzen.**

Ernst Olbrich, Hanne Hirn, Albin Zeidlewitz

Jahr 2011 war die Weigerung des Schulamtes, Bußgeldbescheide für schwänzende Schulkinder weiter zu verfolgen. Doch diese Weigerung zeigte Wirkung: einige verwaiste Sachbearbeiterstellen wurden wieder besetzt! Und daran zeigt sich mal wieder: wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt! Und das hat uns das Schulamt 2011 vorgemacht!

Wie die GEW immer wieder klar macht, trifft das Sparen natürlich hauptsächlich die untere Ebene, die Beschäftigten an den Schulen. So z.B. hat das Schulamt die Koordination von Betriebspraktika still und heimlich eingestellt: keine Ressource mehr verfügbar. Auch das regionale Fortbildungsangebot des Staatlichen Schulamtes ist dem Rotstift zum Opfer gefallen.

Das kleine Budget – mehr oder weniger Handlungsspielraum?

Die GEW und damit auch die Mitglieder der GEW-GPRLL-Fraktion haben vor der Einführung des kleinen Budgets gewarnt. Wir haben keine flächendeckende Ablehnung in den Frankfurter Schulen erreicht, wohl aber dazu beigetragen, dass die Skepsis zugenommen hat. Schulleitungen erhoffen sich mehr Flexibilität zwischen einzelnen Etats und über den Jahreswechsel hinaus. Diesen Aussichten konnten sich viele Kollegien nicht verweigern.

Und dennoch: den Schulkollegien, von denen wir vor der Einführung als ReferentInnen eingeladen waren, konnten wir weitgehend klar machen, dass es sich beim Kleinen Budget um die Eintrittskarte zu etwas ganz Anderem handelt: beabsichtigt ist am Ende die komplette Budgetierung, die einhergeht mit einer Zunahme von prekären Arbeitsverhältnissen, welche wiederum für die übrigen Beschäftigten mehr Arbeit und Abwertung ihrer eigenen Tätigkeit bedeutet.

Budgetierung, das wissen wir aus der Privatwirtschaft, bedeutet zugleich auch Kürzung, und sie bedeutet eine Umkehrung der Prioritäten: nicht mehr die Arbeit als solche steht im Fokus, sondern der Aspekt der Budgeteinhaltung.

Alles nur Schwarzmalerei? Zeitgleich mit der Einführung des Kleinen Budgets wurden die Gelder für die Verlässliche Schule um ein Drittel gekürzt, ein Jahr später die Gelder für die Lernmittelfreiheit um 15%. Zufall? Das wäre ohnehin so gekommen? Ja, aber jetzt sind die Schulen verantwortlich. Sie haben ja das Budget! Wie lange es wohl noch dauert, bis Schulen kostenpflichtige Angebote machen müssen, um über die Runden zu kommen? Das Hessische Schulgesetz hat zumindest für die Beruflichen Schulen den Weg dafür geebnet.

Und die prekären Arbeitsverhältnisse? Auch wenn das Schulamt behauptet, das ginge gar nicht, wissen wir von Schulen, die mit dem kleinen Budget Beschäftigungsverhältnisse jenseits jeglicher Tarifbestimmungen unterhalten.

Tarifvertrag-Hessen – gewerkschaftlicher Erfolg mit Folgen

Arbeitnehmer erstreikten Tarifvertrag

Nach sechs Jahren ohne Tarifverhandlungen hat Hessen seit dem 1.1.2010 wieder einen gültigen, ausgehandelten Tarifvertrag, den TV-H. Dies war ein großer Erfolg für die DGB-Gewerkschaften, der nicht zuletzt auch der Beharrlichkeit der Kolleginnen und Kollegen im Arbeitnehmerbereich zu verdanken ist, die, wenn sie auch eine Minderheit im Landesdienst darstellen und oft von den beamteten KollegInnen nicht genügend wahrgenommen werden, nicht locker ließen, bis sich die Koch-Regierung auf den Vertrag einließ.

Dies bedeutet übrigens für alle Beschäftigten, auch für die beamteten, dass Gehaltserhöhungen nun wieder auf Tarifergebnissen beruhen und nicht mehr nur „von Großmuftis Gnaden" gewährt werden.

Überleitung mit Personalrats-Assistenz

Die bisherigen BAT-Beschäftigten wurden zum 1.1.2010 in den TV-H „übergeleitet". Dazu war die Mitbestimmung der örtlichen Personalräte erforderlich. Die GEW-Mitglieder im GPRLL mussten sich dazu zunächst selbst kundig machen und haben danach die örtlichen Personalräte geschult.

GEW-Fraktionsmitglieder erlangen die Klärung offener Fragen

Nachdem die Überleitung im Großen und Ganzen problemlos abgelaufen war, beschäftigten wir uns in den folgenden GPRLL-Sitzungen über ein Jahr lang mit der Umsetzung der TV-H-Bestimmungen für neu einzustellende Arbeitnehmer. Der Teufel steckt nämlich, wie so oft, im Detail, und die MitarbeiterInnen des Staatlichen Schulamts lernten mit uns zusammen, wo das alles sein kann. Aus Rückmeldungen von Einzelpersonen und Personalräten, durch den Austausch mit den anderen Gesamtpersonalräten und mit dem Hauptpersonalrat konnten wir eine Reihe von Fragen zusammenstellen. Nach einigem Hin und Her hat sich das Schulamt darauf eingelassen, diese Fragen in einer AG zu klären. Am Ende dieser gemeinsamen Arbeit steht heute ein Erlass des HKM, der die Mitbestimmung der Schulpersonalräte festschreibt, ein Prüfbogen des Staatlichen Schulamts, in dem die Eingruppierung und Einstufung dargelegt wird, eine Verfügung des Staatlichen Schulamts mit näheren Erläuterungen und ein Merkblatt für die einzustellende Person, aus dem sie entnehmen kann, welche Unterlagen sie vorlegen sollte, um nicht zu niedrig eingestuft zu werden. Außerdem hat die GEW auf unsere Initiative und unter unserer Mitarbeit eine Broschüre für Arbeitnehmer herausgegeben.

GEW-Fraktionsmitglieder sorgen für die richtige Eingruppierung und Einstufung

Ganz zu schweigen von dem unermüdlichen Einsatz insbesondere der GEW-ArbeitnehmervertreterInnen im GPRLL, die die Rechte von Einzelpersonen, die um ihre richtige Eingruppierung kämpfen, gegenüber dem Schulamt durchsetzen.

Der Tarifvertrag Hessen wird uns auch weiter beschäftigen. Örtliche Personalräte wurden und werden auch weiterhin geschult, damit sie ihre Mitbestimmungsrechte zu Gunsten der Beschäftigten wahrnehmen können. Und viele Fragen sind noch immer offen: weil sie noch gar nicht aufgetreten sind oder weil noch Personen gesucht werden, die eine nachgiebige Vorschrift durch Klageverfahren klären müssen.

Einflussnahme auf Gesetze, Verordnungen, Erlasse und Verfügungen und deren Umsetzung

Dienstordnung, Unterrichtsbesuche und Mitarbeitergespräche

Im Entwurf einer neuen Dienstordnung war das geplant, was die GEW als „Rückmarsch in den Kaiser-Wilhelm-Staat“ bezeichnete. In einem großen Kraftakt haben wir GEW-Fraktionsmitglieder zusammen mit vielen anderen Kolleginnen und Kollegen in Hessen dafür gesorgt, dass der Protest so laut wurde, dass die im Amtsblatt 12/2011 veröffentlichte Dienstordnung ihre Spitzen weitgehend verloren hat: die Rechte der Lehrkräfte bleiben gewahrt, für Unterrichtsbesuche ist kein Rhythmus vorgeschrieben und sie dürfen auch nicht an KollegInnen delegiert werden. Und Mitarbeitergespräche stellen ab sofort ein RECHT dar, können aber nicht mehr verpflichtend angesetzt werden. Dass diese Regelung in die Dienstordnung Aufnahme gefunden hat, rechnet sich die GEW-Fraktion im Gesamtpersonalrat Frankfurt als kollektiven Erfolg an, denn wir waren es, die seit dem Auftauchen dieses zwielichtigen Instruments durch Hessen gezogen sind und aufgezeigt haben, dass Mitarbeitergespräche ein Mittel aus der Privatwirtschaft sind, um mehr Arbeit aus den Beschäftigten herauszupressen, und dass sie nicht in die Schule gehören, in der kollegiale Strukturen den Vorrang vor Zwiegespräch und Geheimdiplomatie haben.

Konferenzordnung

Im selben Amtsblatt fand sich die neue Konferenzordnung, die nunmehr wieder das Recht der Gesamtkonferenz vorsieht, bei Antrag von 20% der Mitglieder geheim abzustimmen. Auch dies ist letztendlich ein Erfolg unserer GEW-Fraktion. Aus diversen Schulkollegien gab es Berichte über verlorene Abstimmungen, weil sich Lehrkräfte mit ungesichertem Status nicht trauten, offen gegen die Schulleitung abzustimmen. Massiv haben wir innerhalb der GEW und gegenüber dem HPRLL gefordert, sich für das Recht auf geheime Abstimmung einzusetzen. Dies ist nunmehr erfolgreich abgeschlossen.

Beamtenstatusgesetz: keine Zwischenbeurteilung in der Probezeit

Einen Rechtsstreit haben wir uns während der Wahlperiode mit dem Schulamt geleistet, den wir auch mit Pauken und Trompeten gewonnen haben. Nach der Vereinheitlichung der Probezeit auf 3 Jahre (Beamtenstatusgesetz) wollte das Schulamt eine Zwischenbeurteilung nach der Hälfte der Probezeit einführen, ohne dem GPRLL die Mitbestimmung für diese Maßnahme einzuräumen. Dabei holte sich die Juristenabteilung eine blutige Nase – und es bleibt bei der Regelung: keine Zwischenbeurteilung in der Probezeit!

Sommerferienbezahlung

In unsere Wahlperiode fällt auch der Erlass über die Sommerferienbezahlung, der befristet Beschäftigten unter bestimmten, sehr eingeengten Bestimmungen diese Bezahlung sichert. Die GEW-Fraktion im GPRLL hat in vielen Einzelgesprächen mit SchulamtsmitarbeiterInnen dafür gesorgt, dass Personen die Bezahlung doch noch bekamen, obwohl sie zunächst nicht vorgesehen war. Der Spielraum des Erlasses, der zu Anfang noch relativ großzügig genutzt wurde, wurde zuletzt allerdings immer enger ausgelegt: ebenfalls eine Folge der Sparprogramme.

Teilzeitverfügung, Klassenfahrtenerlass, Klassenfahrtenverfügung

Die Teilzeitverfügung, die das Schulamt im Jahr 2002 auf Initiative der damaligen GEW-Fraktion herausgegeben hat, gilt selbstverständlich noch immer, auch wenn es Schulleitungen gibt, die sie als „unverbindlich“ bezeichnen. Die Teilzeitverfügung enthält die klare Auffassung, dass teilzeitbeschäftigte Kolleginnen und Kollegen nur in dem Maße herangezogen werden können, wie es ihrer anteiligen Bezahlung entspricht. Deshalb soll nach Ausgleichsmöglichkeiten für unteilbare Tätigkeiten gesucht werden. Worin diese bestehen können, muss allerdings an der einzelnen Schule geklärt werden, da der damalige Amtsleiter Eifert keine allgemeinen Vorschriften über alle Schulformen hinweg treffen wollte.

Die Mehrarbeit bei Klassenfahrten ist explizit durch Erlass geklärt. Danach soll, sofern kein zeitlicher Ausgleich möglich ist, die Auszahlung der Mehrarbeit erfolgen. Die GEW-Fraktion im GPRLL hat hierzu auf Konkretisierung gedrungen, da uns immer wieder berichtet wurde, dass der gewährte Zeitausgleich in keiner Weise dem Mehraufwand der Klassenfahrt entsprach. Auf unser Drängen hin hat das Schulamt eine Verfügung herausgegeben, die den Erlass nochmals präzisiert. Danach müssen die Möglichkeiten des ausreichenden Zeitausgleichs vor der Klassenfahrt zwischen Schulleitung und KollegIn vereinbart werden. Ist kein Ausgleich möglich, muss die Schulleitung gegenüber dem Staatlichen Schulamt die Bezahlung anfordern. Wir meinen, dass die Handhabung des Erlasses nunmehr genauer beschrieben ist. Die GEW-Fraktion hat die Schulpersonalräte entsprechend geschult und aufgefordert, in den Schulen auf die Umsetzung zu dringen.

Verfügung zum Mitbestimmungsverfahren

Auf Drängen der GEW-Fraktion im GPRLL hat die Amtsleiterin eine Verfügung von 1998 ergänzt und neu aufgelegt, in der die einzelnen Schritte des Mitbestimmungsverfahrens genau beschrieben werden. Eine Hilfe für Schulpersonalräte und Schulleitungen, die sich bei der Lektüre teilweise gewundert haben mögen, was da an Beteiligung so alles vorgesehen ist!

Dienstrechts“modernisierungs“gesetz

Eine der größten Sauereien geschah leider auch während der Wahlperiode: die Herauszögerung des Pensionseintrittsalters durch das genannte Gesetz. Die GEW-Fraktion im GPRLL hat sich in vielen Sitzungen darum bemüht, zu erreichen, dass das Schulamt Beschäftigte in der aktiven Phase der Altersteilzeit über die Rechtslage aufklären möge. Leider erfolgte und erfolgt die Information immer nur sehr kurzfristig an diejenigen, die kurz vor dem Eintritt in die Passivphase stehen, und dazu wurden auch noch viele Fehler gemacht. Es empfiehlt sich also, im Zweifelsfall in der GEW-Rechtsberatung nachzufragen, ob der Bescheid der Rechtslage entspricht.

Personalräte brauchen eine unabhängige und starke GEW

Belastung reduzieren, Arbeitsverdichtung bekämpfen, Qualität verbessern

Wir wollen die Interessen der Kolleginnen und Kollegen an den Frankfurter Gymnasien in enger Zusammenarbeit mit den örtlichen Personalräten vertreten. Deshalb werden wir in der kommenden Wahlperiode unsere erfolgreiche Personalräte AG der Gymnasien weiterführen, um uns über aktuelle Anliegen der Schulen auszutauschen, um diese in gemeinsame Aktivitäten münden zu lassen und unsere Einflussmöglichkeiten auf allen Ebenen gewerkschaftlicher Arbeit zu nutzen.

Der IST-Zustand:

- **G8 bedeutet gestresste Kinder, belastete Lehrer, verlängerte Arbeitszeiten.**
- **Kompetenzorientierung und Bildungsstandards bedeuten Mehrarbeit durch Umarbeiten der Schulcurricula bei engem Zeitfenster, Praxisferne und Gängelung von Lehrkräften.**
- **Schulinspektionen generieren Mehrarbeit ohne die Qualität zu verbessern.**
- **Die Erhöhung und Verdichtung der Arbeit, Zusatzaufgaben und -pflichten und bürokratische Mehrarbeiten mindern die Qualität von Vorbereitung und Unterricht.**

Wir hinterfragen werbewirksame aber unnötige Reformmaßnahmen und setzen uns für die Reduzierung der bürokratischen Mehrarbeit ein, fordern angemessene Entlastungen für Zusatzarbeiten und personelle Ressourcen um die Qualität des Unterrichts zu optimieren.

Ingeborg Ulrich, Meike Bär, Daniel Gnida, Christina Avellini, Maike Wiedwald

Impressum info@gew-frankfurt.de

FLZ vorm. Frankfurter Lehrerzeitung
Herausgeber
Bezirksverband Frankfurt a. M. der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Bleichstr. 38a, 60313 Frankfurt
Tel.: 069 – 29 18 18, Fax: 069 – 29 18 19
E-mail: **info@gew-frankfurt.de**
Bürozeiten Geschäftsstelle des Bezirksverbandes:
dienstags und mittwochs 13 bis 17 Uhr
donnerstags 14 bis 18 Uhr
Vorsitzendenteam
Bettina Happ-Rohé, Maike Wiedwald
Redaktion Ernst Olbrich, Herbert Storn
Rechtsberatung Hanne Hirn, Hans Wedel, Thomas Sachs
montags 15.30 - 18 Uhr,
Tel.: 069 – 13 37 78 71, in den Ferien findet keine Rechtsberatung statt

Satz & Layout
Karin Dienst, Christian Häussler
Druck Caro-Druck
Auflage ca. 3.200
Erscheinungsweise
4 bis 5 mal jährlich
Fotos wenn nicht anders angegeben: FLZ
Der Bezugspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Redaktioneller Hinweis: Die Redaktion freut sich über Zuschriften – möglichst als unformatierte Word-Datei. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Sie behält sich das Recht der Kürzung vor.
Wir danken allen Karikaturisten, Fotografen und Autoren der Bild- und Textmaterialien für die freundliche Überlassung.

Personalräte brauchen eine unabhängige und starke GEW

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für den Bereich Sonderpädagogik

Wir setzen uns nicht nur für notwendige Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Sonderpädagogische Förderung in allen Bereichen der Sonderpädagogik, sondern auch für gute Arbeitsbedingungen für alle in diesen Bereichen Beschäftigten ein.

Dies bedeutet für uns:

- **für den Erhalt und die Weiterentwicklung aller sinnvollen Strukturen der Sonderpädagogik in Frankfurt zu kämpfen, um deren Qualität zu erhalten. Wir setzen uns für eine Sonderpädagogik ein, die sich an den Bedürfnissen der Schüler orientiert und sich nicht in Bürokratie und Formalitäten verrennt.**

- **uns überall, wo sonderpädagogische Förderung stattfindet, für eine verbesserte Versorgung mit Lehrkräften und Sozialpädagogischen Fachkräften einzusetzen, um den ständig erweiterten Erziehungs- und Aufgabenbereichen und den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler vor Ort gerecht werden zu können.**

- **in der allgemeinen Schule, der inklusiven Beschulung und an Förderschulen für kleinere Klassen und mehr Stunden zur individuellen Förderung und Differenzierung einzutreten, damit in kleinen Lerngruppen Kinder angemessen gefördert werden können.**

- **gegenüber dem Staatlichen Schulamt Frankfurt immer wieder die Sichtweise der betroffenen Menschen und die Erfahrungen aus ihrer täglichen Praxis zu artikulieren und so möglichst viel Einfluss auf Umsetzungen/ Planungen des Staatlichen Schulamts zu nehmen. „Nicht ohne uns über uns!" Gute Sonderpädagogische Förderung kann nicht theoretisch am Schreibtisch entwickelt werden, sondern muss immer auch einen Bezug zur Praxis haben.**

- **Anliegen von KollegInnen / Kollegien aufzunehmen, gegenüber dem Staatlichen Schulamt zu vertreten und hier auf eine gute Lösung im Sinne der Kollegen zu kommen.**

Margret Kröger, Sebastian Guttmann, Henrich Zorko, Sabine Friedrich

Den Redaktionschluss der nächsten FLZ finden Sie demnächst auf unserer Homepage: ***www.gew-frankfurt.de***

Lebensarbeitszeitkonto – Anträge auf vorzeitige Rückerstattung

Ähnlich erging es uns bei dem Anliegen, das Schulamt möge doch die vorliegenden Anträge zeitnah bescheiden, da die Kolleginnen und Kollegen wissen wollten, auf welche Arbeitszeit sie sich einzustellen hätten.

Der Kampf um Arbeitszeitverkürzung wird auch weiterhin auf der Agenda der GEW stehen. Mit einem einfachen Antrag auf Rückerstattung des Lebensarbeitszeitkontos, bei Ablehnung jedes Halbjahr neu gestellt, kann der Bedarf dem Schulamt immer wieder klar gemacht werden!

Frauenförderung

Zweimal war der GPRLL während der Wahlperiode zur Mitbestimmung beim Frauenförderplan aufgefordert. Nach Auffassung unserer GEW-Fraktion steht im Frankfurter Schulamt die Frage, wie man Frauen in Leitungsfunktionen bringen könne, zu stark im Vordergrund. Wir haben demgegenüber die Anliegen der vielen Frauen an der Basis im Blick, die täglich den Spagat zwischen Familie und Schule bewältigen müssen und in Teilzeitarbeit überproportional belastet werden. Diese Aspekte haben wir in die Beratungen zum Frauenförderplan eingebracht und dafür gesorgt, dass abstruse Formulierungen, die nur die höhere „Quote" im Blick hatten, getilgt wurden. Die Auseinandersetzung um strukturelle Benachteiligung von Frauen bleibt gleichwohl auf der Tagesordnung.

Hessisches Schulgesetz: Inklusion

Nicht nur für die Behindertenverbände, sondern auch für alle anderen Menschen, die Behinderte als gleichberechtigte Mitglieder der menschlichen Gesellschaft sehen, war die entsprechende UN-Menschenrechtskonvention und ihre Ratifizierung durch Deutschland ein voller Erfolg. Die Erwartungen, dass die Standards des Gemeinsamen Unterrichts nun als Mindestanforderung auf alle Schulen übertragen würden und endlich die Deckelung von Förderstunden aufgehoben würde, waren hoch geschraubt. Umso enttäuschter fielen die Reaktionen auf das aus, was die hessischen Abgeordneten dazu ins Schulgesetz geschrieben haben. „Hessen spart sich die Inklusion" titelte ein Kollege aus Nordhessen, der seit Jahren engagiert ist für gleiche Rechte für alle Kinder.

Die GEW-Fraktion im GPRLL und der GEW-Bezirksverband Frankfurt haben zum Zeitpunkt der Vorlage des Gesetzentwurfs Berechnungen angestellt, wie viele Lehrerstellen zusätzlich erforderlich wären, um wenigstens den Gemeinsamen Unterricht in allen Schulen zu verwirklichen. Mit unserer Forderung „50 Förderlehrerstellen (bei sehr vorsichtiger Rechnung) und 80 Stellen für allgemeinbildende Lehrkräfte mehr allein für Frankfurt!" erhoben wir schon früh unsere Stimme.

Nach der Verabschiedung des Gesetzes, das nun quer zur UN-Konvention lediglich noch von „inklusiver Beschulung" spricht, ließ die zu seiner Umsetzung erforderliche Verordnung auf sich warten. Das Schulamt probte mit seinem 5-Jahres-Plan den vorauseilenden Gehorsam gegenüber einer Verordnung, deren Wortlaut es überhaupt noch nicht kannte. Es behauptete, eine Umsetzung der Vorschriften im Gesetz sei auch ohne Verordnung möglich, obwohl doch das Gesetz ausdrücklich nähere Regelungen in einer Verordnung in Aussicht stellt. Die GEW-Fraktion im GPRLL hat diese Praxis angezweifelt. In jeder Sitzung im letzten Halbjahr der Wahlperiode machten wir das Schulamt auf Versäumnisse und Widersprüche bei dem Versuch aufmerksam, sich irgendwie durchzuwurschteln.

Zum Redaktionsschluss ist noch immer vieles nicht klar. Es wird die Aufgabe der GEW-Fraktion bleiben, die Umsetzung der „inklusiven Beschulung", insbesondere deren Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen der Kolleginnen und Kollegen kritisch zu begleiten.

Lehrergesundheit

Fragebogen Psychische Belastungen

In Zeiten der Anhebung der Pensionsgrenze empfiehlt die GEW-Fraktion allen Beschäftigten, ihre Gesundheit mehr in den Blick zu nehmen. Dazu kann auch der Fragebogen zu den psychischen Belastungen dienen, den die GEW-Fraktion in der Wahlperiode 2004-08 im Schulamt durchgesetzt hatte. Inzwischen steht dieser Fragebogen auf der HKM-Seite „Schule und Gesundheit", und dort wird auch eine Online-Auswertung angeboten, so dass die mühsame Auszählarbeit entfällt. Bei der Gestaltung dieser Internet-Seite haben Mitglieder der GEW-Fraktion „Geburtshilfe" geleistet.

Mobbing-Vereinbarung

Kurz nach den Personalratswahlen 2008 wurde vom alten Schulamtsleiter die Mobbing-Vereinbarung mit dem GPRLL unterschrieben, die von der neuen Amtsleiterin übernommen und verlängert wurde. Diese Dienstvereinbarung hat mit ihrem präventiven Charakter mit Sicherheit an den Frankfurter Schulen manches Schlimme verhindert (wovon wir meist keine Kenntnis erhalten), und sie hat in mehreren Einzelfällen Kolleginnen und Kollegen geholfen, die sich in ihrer Not an uns gewandt haben. Auf dem Boden der Mobbing-Vereinbarung konnten wir das Schulamt veranlassen, zum Wohle der Betroffenen tätig zu werden.

Vereinbarung Suchtkranke

Im Jahr 2002 hatte die GEW-Fraktion im damaligen GPRLL dafür gesorgt, dass der Amtsleiter eine Verfügung zum Umgang mit Suchtkranken herausgab. Die GEW-Fraktion hat sich 2009 nochmals mit dieser Verfügung beschäftigt, sie gründlich überarbeitet und dafür gesorgt, dass sie als Dienstvereinbarung zwischen Schulamt und GPRLL herausgegeben werden konnte.

Betriebliches Eingliederungsmanagement

Das Sozialgesetzbuch IX schreibt vor, dass Beschäftigten, die innerhalb eines Jahres mehr als 6 Wochen krank sind, ein Gespräch zur Wiedereingliederung zusteht. Der Präventionsgedanke steht hierbei im Mittelpunkt, was bedeutet, dass in dem Gespräch Vereinbarungen getroffen werden sollen, die der Person das Verbleiben am Arbeitsplatz erleichtern. Das Schulamt hat hierzu eine Verfügung erstellt, bei deren Erarbeitung der GPRLL vertreten war. Der Schwerbehindertenvertreter hat das „BEM" auf einer Personalratsschulung erläutert und klar gemacht, dass es sich hierbei

um ein Instrument handelt, das den Betroffenen helfen und sie nicht bedrohen soll. Um diesen Gedanken zu verwirklichen, können die örtlichen Personalräte zu diesem Gespräch von den Betroffenen hinzugezogen werden.

Erhebung Teilzeitkräfte

Anfang 2011 hat sich die GEW-Fraktion mit einer Erhebung über Teilzeitkräfte befasst, für die das Staatliche Schulamt auf unsere Anfrage hin die Zahlen zur Verfügung gestellt hatte. Das Anliegen war, zu ermitteln, ob nicht immer mehr Lehrkräfte die volle Stelle nicht mehr bewältigen und deshalb auf eigene Kosten ein Teilzeitbeschäftigungsverhältnis beantragen. Das würde einer Gehaltskürzung gleich kommen. Die Auswertung wurde in der FLZ und auf Personalräteschulungen präsentiert. Eindeutig bewiesen werden konnte die Vermutung nicht. Jedoch wurde sie durch die Zahlen auch nicht widerlegt, und wir werden die Entwicklung im Teilzeitbereich über die Jahre verfolgen.

Frankfurter Schulbauten

Über Jahre hinweg hat die GEW-Fraktion die Begehungsberichte der Fachkräfte für Arbeitssicherheit ausgewertet und den Zustand der Frankfurter Schulgebäude im Arbeitsschutzausschuss sowie gegenüber dem Stadtschulamt und der Öffentlichkeit angeprangert. Ein Stufenprogramm zur Lärmsanierung steht weiterhin aus. Ein Versprechen, das die Stadt diesbezüglich gegeben hatte, wurde zwischenzeitlich widerrufen. Saniert wird nur im Zuge ohnehin geplanter Baumaßnahmen, so die Auskunft der städtischen Vertreter im Arbeitsschutzausschuss. Und das angesichts der Tatsache, dass die Fachkräfte für Arbeitssicherheit zahlreiche Nachhallmessungen mit teilweise haarsträubenden Ergebnissen vorgelegt haben und allgemein bekannt ist, wie die Auswirkung von halligen Klassenräumen auf Lernverhalten und Lehrergesundheit ist. Um hier etwas zu erreichen, reichen Appelle des Gesamtpersonalrates nicht aus, so unser Fazit. Notwendige Bausanierungen müssen mit der ganzen Schulgemeinde eingefordert und notfalls auch mit Boykottmaßnahmen erkämpft werden.

Die Krise von 2009 hatte ja auch ihr Gutes: das Konjunkturprogramm förderte nicht nur die heimische Bauwirtschaft und die Arbeitsplatzsituation, sondern sie beschleunigte auch das Schulbauprogramm der Stadt Frankfurt. So konnten im Jahr 2011 überproportional viele Schulen neue Gebäude, Gebäudeteile, Turnhallen oder Cafeterien in Betrieb nehmen. Der Erfolg hat ja bekanntlich viele Väter (und Mütter), und deshalb rechnen wir es auch ein bisschen unserem stetigen Drängeln zu, dass das Geld aus dem Konjunkturprogramm zu großen Teilen für Schulen und nicht für Straßenbau o.ä. ausgegeben wurde! Und wer es noch nicht bemerkt haben sollte: nicht die Schuldenbremse, sondern dieses Konjunkturprogramm nutzt der Zukunft der Kinder und Jugendlichen!

Stellenzuweisung: Lehrermangel – Lehrerüberfluss?

Mit dem Programm „Lehrer nach Hessen“ versuchte Kurz-Kultusminister Banzer dem drohenden Lehrermangel zu begegnen, indem er auch Ungelernten in Aussicht stellte, einen sicheren Job in der Schule zu bekommen. Die GEW hat sich dagegen gewehrt, dass der Lehrberuf mit dem Slogan „Lehrer kann jeder!“ abgewehrt wurde. Die GEW-Fraktion im HPRLL hat aktiv an der „Quereinsteigerverordnung“ mitgearbeitet, in der ein geregeltes Verfahren für QuereinsteigerInnen festgeschrieben wurde, das eine Mindestqualifikation und eine Prüfung forderte.

Mit Erlass vom 27. 12. 2011 wurde diese Verordnung „zunächst ausgesetzt“. Laufende Fälle werden noch abgewickelt.

Nur wenige Jahre später ist also nun schon wieder von „Lehrerüberfluss“ die Rede. Mit dem Auslaufen von G9 und dem Abtreten einer ganzen Lehrergeneration, die an manchen Schulen schon vollzogen ist, verringern sich die Einstellungsmöglichkeiten. Gleichzeitig führen Rechentricks dazu, dass bei gleichbleibender Unterrichtsversorgung plötzlich eine „Überdeckung“ entsteht wie zuletzt durch die höhere Anrechnung von Lehrkräften im Vorbereitungsdienst oder in den beruflichen Schulen, in denen einfach ein Teil des Religionsunterrichts nicht mehr zugewiesen wird.

So kann das Kultusministerium alsbald auf dem Papier mehr als 100% Unterrichtsversorgung aufweisen, obwohl an den Schulen nicht eine einzige Stunde mehr im Unterricht ankommt. Die SchulleiterInnen der „selbstständigen Schulen“ freuen sich, denn mit allem, was über 100% ist, können sie nach Belieben schalten und walten.

Die GEW-Fraktion im GPRLL aber verfolgt diese Tricks aufmerksam. Wir haben vor einigen Jahren angeprangert, dass mit einem Federstrich statt vorher 94% des Bedarfs auf einmal „100%“ zugewiesen wurden. Und wir werden auch die „Erhöhung“ auf „105%“ kritisch begleiten, denn schon heute ist klar, dass diese aus Taschenspielertricks gebastelt werden.

Die im Dunkeln...

In vielen Sitzungen befasste sich die GEW-Fraktion im GPRLL mit dem Themenbereich „Kinder mit Migrationshintergrund“.

Die Umsetzung der neuen Regelung, nach der der Meldezwang für illegalisierte Kinder aufgehoben wurde, musste im Schulamt gegen gewisse Widerstände durchgesetzt werden.

Unklar war auch, wie Kinder in bestimmte Intensivklassen an bestimmten Schulstandorten gelangen. Die weitere Schullaufbahn dieser zugewanderten Kinder ist häufig unbefriedigend, da an den Gesamtschulen, in denen viele Eltern ihre Kinder am besten aufgehoben wünschen, keine Plätze zur Verfügung stehen.

Auch fehlt die Transparenz über die Frage, wie die zur Verfügung stehenden Stellen und Mittel für Schulen mit hohem Zuwandereranteil verteilt werden.

Hier bleibt der kommenden GEW-Fraktion also noch einiges zu tun.

GEW-Fraktion im Gesamtpersonalrat: Meike Bär, Marianne Friemelt, Sabine Friedrich, Claudia Glock, Sebastian Guttmann, Hanne Hirn, Rainer Koch, Margret Kröger, Thomas Sachs, Eva Schichtel, Ute Seeger, Christa Sperr-Straub, Christiane Treffert, Richard Ullmer, Ingeborg Ulrich, Waltraud Umbach, Valentin Wiedemann, Maike Wiedwald, Albin Zeidlewitz

Personalräte brauchen eine unabhängige und starke GEW

Haupt- und Realschulen

Wir vertreten gerade auch kleinere Schulen mit ihren spezifischen Problemen.

GEW-Mitglieder in den Personalräten und die Gewerkschaft arbeiten Hand in Hand

- **für konsequente Interessenvertretung der Kolleginnen und Kollegen bei Abordnungen und Versetzungen**
- **für mehr Transparenz bei der Personalplanung**
- **für eine Pflichtstundenreduzierung**
- **für kleinere Klassen**
- **für Unterstützung durch Schulsozialarbeit**

Ulrich Hildebrand, Alexandra Menk, Enis Gülegen, Claudia Glock

Personalräte brauchen eine unabhängige und starke GEW

Grundschulen

„Reformen“, die auf dem Rücken von Kindern, Lehrerinnen und Lehrern ausgetragen werden, lehnen wir ab!

Wir werden uns weiter einmischen und für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Interesse der Kolleginnen und Kollegen und zum Nutzen der Kinder eintreten!

GEW-Mitglieder in den Personalräten und die Gewerkschaft arbeiten Hand in Hand

- **für eine bessere Lehrerversorgung**
- **für höhere Gehälter**
- **für eine Pflichtstundenreduzierung**
- **für Personalvertretungsrechte**
- **für kleinere Klassen**

Christa Sperr-Straub, Sebastian Guttmann, Waltraud Umbach, Martina Dunkel-Volknandt

Gesamtpersonalratswahlen am 22. / 23. Mai 2012

Liste 1 **demokratisch – kompetent – streitbar**